

selbsthilfegruppenjahrbuch

1999

DAG SHG

selbsthilfegruppenjahrbuch 1999

Herausgeber:

Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.
Friedrichstr. 28, 35392 Gießen

Redaktion:

Anita Jakubowski, Koordination für Selbsthilfe-Kontaktstellen in Nordrhein-Westfalen der DAG SHG e.V. (KOSKON), Friedhofstr. 39, D-41236 Mönchengladbach,
Tel.: 02166/248567

Jürgen Matzat, Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen der DAG SHG e.V., Friedrichstr. 33, D-35392 Gießen, Tel.: 0641/99-45612

Wolfgang Thiel, Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen der DAG SHG e.V. (NAKOS), Albrecht-Achilles-Straße 65, D-10709 Berlin, Tel.: 030/ 8914019

Umschlag:

Lutz Köbele-Lipp, Kubik, Berlin

Satz und Layout:

Focus Verlag GmbH, Gießen

Druck:

Offset Köhler KG, Gießen

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck einzelner Artikel nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und der Autoren.

Herstellung und Versand dieser Ausgabe des »selbsthilfegruppenjahrbuchs« wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von der »GlücksSpirale« und von folgenden Krankenkassen: Arbeiter-Ersatzkassen-Verband, Barmer Ersatzkasse, Deutsche Angestellten Krankenkasse, Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse, Techniker Krankenkasse.

Wir bedanken uns ganz herzlich!

Zur Unterstützung unserer Vereinsarbeit bitten wir Sie herzlich um eine Spende (steuerlich abzugsfähig) auf unser Konto Nr. 6.3030.05 bei der Volksbank Gießen (BLZ 513.900.00).

Bürgerengagement und Selbsthilfegruppen-Unterstützung. Ein kritischer Zwischenruf

1. Uneinheitliches Bild

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerengagement stehen für ein gegenwärtig aktuelles politisches und sozialwissenschaftliches Thema. Ein einheitliches Bild, welche Konturen das Bürgerengagement in Deutschland hat, und gar darüber, wie es konkret gefördert werden könnte, gibt es nicht. Im Gegenteil: Schon die empirische Basis ist widersprüchlich. Während das Allensbach Meinungsforschungsinstitut meldet, daß jeder dritte Deutsche ein Ehrenamt bekleidet, und eine repräsentative Befragung von Infratest (1997) auf 38 % der Bevölkerung kommt, werden in anderen Publikationen die Entsolidarisierungstendenzen der Gesellschaft und der Rückzug ins Private beklagt. Ein angeblicher deutscher Engagement-Rückstand wird behauptet. Dabei beruft man sich auf fragwürdige internationale Studien mit kaum zu vergleichenden national-kulturell geprägten Gegenstandsfeldern, bestimmt von den jeweiligen Sozialsystemen. Schon die Begriffe »volunteer«, »volunteer organization« oder »Non-Governmental Organization« (NGO) führen auf internationales Glatteis. Die (in Deutschland besonders ausgeprägte) Selbsthilfegruppen-Bewegung wird meist gar nicht erfaßt. Konsens herrscht in der vielschichtigen und teilweise verwirrenden Debatte lediglich darüber, daß Bürgerengagement gut sei und Förderung verdiene. Umfassende Programme zu seiner Propagierung und Unterstützung werden gefordert, wobei das Spektrum der Vorschläge außerordentlich breit ist. Es umfaßt die Förderung des Ehrenamtes in einzelnen gesellschaftlichen Sektoren genauso wie Hinweise auf die Notwendigkeit verbesserter gesetzlicher Rahmenbedingungen, Konzepte zu Attraktivitätssteigerung und Erhöhung der Bindungskraft für freiwilliges soziales Engagement in den Wohlfahrtsverbänden und vieles andere mehr.

Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den konkret vorfindbaren staatlichen Förderprogrammen wider. Eine (bisher allerdings noch nicht systematisch betriebene) Durchforstung von Länderprogrammen dürfte zeigen, daß im Zweifelsfall bereits mehr Geld für diese Aufgabe zur Verfügung steht, als man zunächst vermuten würde. Am Beispiel von Nordrhein-Westfalen ließe sich dies an den Etats des Sport-, des Stadtentwicklungs- und des Sozial- und Gesundheitsministeriums leicht zeigen. Ohne eine gründliche Recherche durchgeführt zu haben, sind hier stellvertretend zu nennen: Programm zur Qualifizierung des Sozialen Engagements, Unterstützung von Initiativen der Selbsthilfe und des Bürgerengagements im Bereich der Altenpolitik, aber auch die Förderung der ehrenamtlichen Übungsleiterarbeit in Sportvereinen in Kommunen. Aus diesem Titel erhält bspw. jede Gemeinde einen Pauschalbetrag zur Unterstützung entsprechender Aktivitäten. Ob allerdings diese nicht unerheblichen finanziellen Ressourcen und die in anderen einschlägigen Förderprogrammen zur Verfügung stehenden Finanzmittel so eingesetzt werden, daß

dies den Ansprüchen einer aus sozialwissenschaftlicher Analyse resultierenden Qualitätsanforderung entspricht, muß hier undiskutiert bleiben.

2. Interessen

Wenn wir uns mit einem Beitrag an diesen Diskussionen beteiligen, geschieht dies aus einem gewissen Unbehagen heraus. Nach etwa 20jähriger praktischer und fachpolitischer Beschäftigung mit der Entwicklung der Selbsthilfe und ihrer Förderung in Deutschland (zweifelsfrei ein zentraler Sektor des freiwilligen sozialen Engagements), können wir die Euphorie, die wir gegenwärtig bei vielen Kolleginnen und Kollegen zu erkennen meinen, nicht teilen. Wir haben den Eindruck, daß bei dieser Diskussion, wie sie teilweise von politischer Seite, von Wohlfahrtsverbänden und Implementationsexperten geführt wird, handfeste Eigeninteressen dahinterstecken. Erwartet wird von dem einen Lager nach wie vor Entlastungen des Sozialstaates durch Förderung des freiwilligen sozialen Engagements. Dafür gibt es Belege u.a. durch Äußerungen des Deutschen Städtetages. Professionelle und Leistungsanbieter aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich versprechen sich die Eroberung eines weiteren Marktes, was allerdings aus unserer Sicht in hohem Maße unrealistisch sein dürfte.

Private Meinungsforschungsinstitute dürften damit zufrieden sein, wenn lediglich einige Untersuchungsaufträge abfallen, deren praktische Relevanz mitunter höchst fragwürdig ist. Sozialwissenschaftliche Hochschulfakultäten haben allerdings einen höheren Anspruch und wollen mehr als nur Arbeitsplätze für ansonsten von Arbeitslosigkeit bedrohte Absolventen schaffen. Sie sind nicht damit zufrieden, daß die eine oder andere Publikation erscheint, daß ein paar Modellprojekte durchgeführt werden und der Druck von vielen bunten Faltblättern und Broschüren das einzig greifbare Ergebnis über die Abgabe des Forschungsberichtes hinaus darstellt. Wenn eine Untersuchung über die Abgabe eines wissenschaftlichen Abschlußberichtes hinaus praktische Relevanz haben soll, wird man sich der Mühe unterziehen müssen, konkrete Handlungsalternativen zu entwickeln und ihre politisch-praktischen Umsetzungschancen zu reflektieren. Dazu kann auch die Analyse der Entwicklungen in verwandten Themenbereichen gehören.

3. Schwerpunktsetzung

Es wird die Leser, die den beruflichen und fachpolitischen Hintergrund der Autoren dieser Zeilen kennen, nicht überraschen, daß wir uns für eine Schwerpunktsetzung, nämlich die Weiterentwicklung und Stärkung der Selbsthilfeförderung aussprechen, die für uns ein zentraler Sektor zeitgemäßen Bürgerengagements ist. Nun wollen und können wir natürlich nicht das Nachdenken und Forschen über aktuelle sozialwissenschaftliche Themen unterbinden, noch wollen wir das Erproben von neuen Ansätzen behindern. Wir wollen jedoch vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen mit der Entwicklung der Selbsthilfe in Deutschland die eingangs gestellte Frage reflektieren, welche politisch-praktischen Veränderungschancen durch die Diskussion über das Bürgerengagement gegeben sind. Ist es realistisch zu erwarten, daß die Weiterentwicklung des Sozialstaates und

die Stärkung der Solidaritätspotentiale durch diese Diskussion mehr Schubkraft bekommen?

Ein Rückblick auf die Geschichte der Selbsthilfeförderung gibt nicht gerade zu Optimismus Anlaß. Wissenschaftliche Arbeiten, die überzeugend die Wirkungen von Selbsthilfe belegen, Modellprojekte und Förderprogramme des Bundes, der Kommunen und Länder zeigen, daß trotz politischer und fachlicher Akzeptanz der Selbsthilfe, der Entwicklung von Standards ihrer fachlichen Unterstützung, des Wissens um die Nichtersetzbarkeit ihrer Leistungen durch professionelle Dienste Deutschland von einem selbsthilfefreundlichen Klima, abgesicherten institutionellen Förderstrukturen und der Verzahnung mit dem professionellen System noch weit entfernt ist. Wir sehen durchaus Parallelen zwischen der Diskussion zur Selbsthilfeförderung und der aktuellen Debatte über die Perspektiven des freiwilligen sozialen Engagements. Auch die Selbsthilfeförderung wurde breit diskutiert. Faktisch war das Ergebnis jedoch nicht die Entwicklung zahlreicher flexibler Förderinstrumente, sondern die Reduzierung im wesentlichen auf ein Instrument, die Etablierung von Selbsthilfekontaktstellen (KISS). Dies wäre (wenn auch nicht optimal) dann hinzunehmen, wenn diese KISS flächendeckend vorhanden und personell wie sächlich hinreichend ausgestattet wäre. Davon sind wir allerdings in allen Bundesländern noch weit entfernt.

Es ist aus unserer Sicht nicht unrealistisch, anzunehmen, daß die von der Wissenschaft ebenfalls breit angelegte Diskussion über Perspektiven des Bürgerengagements in der praktischen Umsetzung auf die (zunächst modellhafte) Förderung eines Instrumentes, die sogenannten Freiwilligen-Börsen, reduziert werden wird. Die Forderung nach der Etablierung solcher Institutionen (die aus unserer Sicht bis auf Ausnahmen kaum Chancen haben, flächendeckend eingerichtet und qualitativ hinreichend ausgestattet zu werden) ist unseres Erachtens der falsche Ansatz. Wir brauchen keine Ausdifferenzierung der Infrastruktur in diesem Bereich und erst recht keine zusätzlichen Einrichtungen wie Freiwilligen-Börsen. Notwendig ist vielmehr die Stärkung und der Ausbau vorhandener Ansätze. Sinnvoll ist es sicher auch, darüber nachzudenken, welche Voraussetzungen gegeben sein müßten, damit vorhandenen Institutionen in diesem Bereich (z.B. Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Mütterzentren) ohne Gefährdung ihrer fachlichen Standards z.B. zu Selbsthilfezentren zusammenwachsen könnten. Dies könnte sicherlich nur schrittweise geschehen und möglicherweise zunächst nur die Zusammenfassung der verschiedenen Einrichtungen unter einem Dach bedeuten (Selbsthilfehaus). Vorteile für alle lägen u.a. in der gemeinsamen Nutzung der Infrastruktur (Veranstaltungsräume) und der Möglichkeit organisatorischer Absprachen (z.B. Auskünfte erteilen bei Krankheit oder Urlaub). Eine solche Zusammenführung verschiedener Ansätze bietet sich zunächst vor allem für Träger an, die an einem Ort verschiedene Einrichtungen betreiben, die i.w.S. zum Selbsthilfe- und Engagementbereich gehören. Kurz gesagt: Aus unserer Erfahrung heraus geht es nicht um eine weitere Spezialisierung und Ausdifferenzierung sondern um eine Stärkung, Qualifizierung und Bündelung der Ressourcen.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß Bürgerengagement bereits vielfältige andere Ansatzpunkte findet. Wir haben in Deutschland mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege - bei aller berechtigten Kritik an ihnen - erfahrene Kristallisationspunkte, ortsnah organisiert und inhaltlich äußerst vielfältig, wo eine Scharnierfunktion zwischen

professioneller und ehrenamtlicher sozialer Arbeit stattfindet. Es gibt Bürgerinitiativen und Vereine zuhauf, die jeder ernsthaft Motivierte wohl auch ohne Sonderagenturen in seiner Kommune finden kann. (Man fragt sich manchmal, was für Menschenbilder und welche Erfahrung mit sozialen Beziehungen diejenigen haben, die hier das Modell der Heiratsvermittlung übertragen wollen.) Sogar in manchen Pfarrgemeinden soll sich da einiges tun, der Austrittswelle der Steuerchristen zum Trotz. Man könnte sich auch vorstellen, daß Städte- und Gemeindeverwaltungen in dieser Beziehung zukünftig noch etwas aufgeschlossener und unterstützender wirken; die Lokalredaktion fast jeder Tageszeitung tut dies bereits durch ihre Veranstaltungshinweise, Notrufspalten und Aktionsaufrufe.

4. Kernbereich modernen Bürgerengagements

In all diesem Nebel um das »neue Ehrenamt« (oder wie immer man es nennen soll), in dem man-weiß-nicht-recht-wer mit man-weiß-nicht-recht-welchen Motiven und Zielsetzungen man-weiß-nicht-recht-wo mit man-weiß-nicht-recht-welchen Stangen herumstochert, gibt es einen vergleichsweise gut ausgeleuchteten, solide begründeten und allgemein anerkannten Sektor: die Selbsthilfegruppen. Daß dort ehrenamtlich gearbeitet wird, bedarf wohl nicht der weiteren Erörterung. Und daß dieses Engagement von den angeblich eben neu entdeckten Motivationslagen der Eigensteuerung, der hohen Identifikation mit dem Thema, der persönlichen immateriellen Gewinnerzielung, der Überwindung von Isolation und Einsamkeit durch neue Beziehungsangebote, des Interesses an persönlichem Informationsgewinn (Weiterbildung) und einem Zuwachs an Lebensqualität gesteuert wird, liegt eigentlich klar auf der Hand. Die Selbsthelfer wissen es intuitiv, und als Sachfremder könnte man es in der psychologisch orientierten Selbsthilfeliteratur nachlesen. Wohl wahr ist, daß dies auf der Selbsthilfe-Szene nicht immer hinreichend reflektiert ist und daß es nicht litanehaft ständig hergebetet wird. (Man hatte in den letzten Jahren gerade damit zu tun, die - ebenso selbstverständlichen - Aspekte der »Prävention und Rehabilitation« immer wieder zu betonen.)

Die Beteiligung an Selbsthilfegruppen ist *eine*, womöglich *die* zeitgemäße Art freiwilligen Bürgerengagements. Wer hier aktiv wird, weiß genau, warum er es tut und was er davon hat. Er weiß auch, daß er dafür die anderen braucht und daß diese zugleich von ihm profitieren. »Du allein kannst es, aber Du kannst es nicht allein«, heißt es in der Anonymus-Tradition. Egoismus und Altruismus, Individualität und Zugehörigkeit werden tendenziell versöhnt, Verantwortung für sich und für andere übernommen, Betroffenen-Kompetenz neben Experten-Kompetenz gestellt. Wenn das keine Perspektive ist für eine solidarische, zivilisierte Bürgergesellschaft!?!

Wie von jedem Ideal, so sind wir auch von diesem in der Selbsthilfe-Wirklichkeit noch ein gehöriges Stück entfernt. In vielerlei Hinsicht soll und wird sich die Arbeit von und die Kooperation mit Selbsthilfegruppen bzw. daran interessierten Bürgern in Qualität und Quantität noch steigern. Die materiellen Bedingungen hierfür zu schaffen, müßte Priorität haben bei all jenen, die sich (angeblich?) um den sozialen Kitt in unserer Gesellschaft so sehr sorgen. Diese Basis nicht weiter auszubauen oder gar zu schmälern, würde beweisen, daß das Ehrenamtsgeschwätz nicht viel mehr als Ideologie ist!

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich der Selbsthilfegruppen-Ansatz in Deutschland

in bemerkenswerter Weise verbreitet und hohe Akzeptanz gefunden. Meinungsumfragen belegen eine positive Einstellung in der Bevölkerung; die Zahl der Gruppen, ihrer Mitglieder und der bearbeiteten Themenbereiche nehmen weiterhin zu. Die Kooperationsbereitschaft und -realität (!) unter den Fachleuten entwickelt sich zwar langsam, aber doch stetig zum Positiven. Die organisatorischen Stützen dieser Bewegung, die problemspezifischen überregionalen Selbsthilfeverbände und die problemübergreifenden örtlichen Selbsthilfe-Kontaktstellen, sind zumindest teilweise gut etabliert und funktionsfähig, allerdings auf allerniedrigstem finanziellen Niveau. Ehrenamtliches Engagement von Betroffenen und außertarifliches Engagement von bezahlten Kräften stellen eine ungeheure Ressource dar, finanziell und human. Dabei arbeitet eine große Zahl der Selbsthilfe-Kontaktstellen mit deutlicher personeller Unterbesetzung, inakzeptabler Dotierung, fachfremder Qualifikation und fehlenden Fortbildungsressourcen. Andererseits werden sie mit einem steigenden Aufwand an Zeit und Energie für die Aquisition von Fördermitteln, Zuschüssen und Spenden konfrontiert. Das gleiche gilt für Dokumentations-, Berichts- und sog. Qualitätssicherungstätigkeit. Öffentlichkeitsarbeit nimmt mitunter aus Gründen der Überlebenssicherung solcher Einrichtungen ein völlig ungerechtfertigtes Ausmaß an. All dies erschwert und begrenzt die fachliche Wirksamkeit der Kontaktstellen. Eine sinnvoll geplante und verlässliche Infrastruktur an selbsthilfebezogener Beratung und Unterstützung, die bekanntlich bei Einsatz geringer Mittel ein vielfaches an sozialem und gesundheitlichem - auch an bürgerschaftlichem! - »Profit« erzielt, wird derzeit durch Mittelkürzungen in Frage gestellt. Das Land Hessen beispielsweise kürzte seine Zuschüsse an Selbsthilfe-Kontaktstellen - wie auch an andere soziale Einrichtungen - um mehr als 20 % (zwanzig!). Andere Bundesländer konnten sich überhaupt noch nicht zu einer substantiellen Selbsthilfe-Infrastrukturförderung entschließen! Wie glaubwürdig sind dann teure Faltblätter für Ehrenamtskampagnen?

Die hier und da vorgetragenen Überlegungen, die Selbsthilfe-Kontaktstellen sollten ihre Fahne doch nach dem frischen Ehrenamtswind hängen und diesen neuen Tätigkeitsbereich an sich ziehen, ist als Standardlösung wenig sinnvoll. (In Einzelfällen mag eine solche Kombination unter bestimmten lokalen Bedingungen durchaus in Frage kommen.) Es würden erhebliche Probleme auftauchen:

Die fachlichen Traditionen und Standards der Selbsthilfegruppen-Anregung und -Unterstützung sind noch wenig gesichert und unter den gegebenen Bedingungen auch schwer zu erreichen und zu halten (z.B. bei Ein-Personen-Einrichtungen ohne qualifizierte Anleitung durch Träger oder Vorgesetzte; bei hoher Personalfuktuation, z.B. wegen ABM-Stellen oder zu schlechter Dotierung; bei teilweise sachfremder Ausbildung und zu geringer Fortbildungsmöglichkeit; bei in vielen Fällen zu geringen Zeitbudgets). Hier eine völlig neue, im wesentlichen sachfremde Aufgabe hinzuzufügen, würde der Qualität in beiden Bereichen wenig dienlich sein.

Die finanzielle Situation der Kontaktstellen würde sich in der Regel auch gar nicht verbessern, vielmehr würden sich neue Defizite auftun. Vermutlich würde den Trägern eine Anreizfinanzierung von x% in Aussicht gestellt; eine neuerliche Jagd nach »Eigenmitteln«, d.h. nach weiteren Finanziers müsste eröffnet werden. In der Regel könnten das nur Kommunen oder große Wohlfahrtsverbände leisten. Die Verführung wäre groß, zu - pardon! - »Klingelschild-Fälschungen« in Ämtern oder bei bereits bestehenden Geschäftsstellen zu greifen, in denen alles immer irgendwie gemacht wird, finanziert mit Teilbeträgen aus diversen Töpfen und unter salbungsvoller Deklamation von »Synergie«-Lyrik.

5. Vorschläge

Statt dessen wäre es redlich, ein paar Schritte zurückzutreten und sich um die Klärung folgender Fragen zu bemühen:

- 1) Wovon reden wir eigentlich (Definition, Typologie), und wie wollen wir das Kind nun beim Namen nennen? (Babylon läßt grüßen!)
- 2) Gibt es wirklich ein Ehrenamtsproblem in Deutschland, und wie sähe dies ggf. aus? (Vermutlich nicht!)
- 3) Wäre eine eigene Einrichtung (Ehrenamtsbörse, Freiwilligenbüro, ...) eine angemessene Lösung für dieses Problem? (Womöglich nicht!) Oder wie ließe sich sonst ehrenamtliche Tätigkeit noch stärker aktivieren und zufriedenstellender gestalten, ausgehend von den vorhandenen Strukturen (Verbände, Kirchen, Ämter etc.)?
- 4) Wie sollte diese ggf. aussehen (Ansiedlung, Ausstattung, Personal, Qualifikation, Professionalität, Tätigkeitsspektrum, Finanzierung, ...)? Und wo sollte sie angesiedelt sein? (Hierfür könnten wohl allenfalls Rahmenrichtlinien erstellt werden, über deren Konkretisierung vor Ort zu entscheiden wäre. Durch wen?)
- 5) Wie integriert sie sich in das bestehende Versorgungsnetz, mit wem kooperiert sie wie? (Erst hier käme die Selbsthilfe-Kontaktstelle ins Spiel, als einer von vielen Nachbarn in einem örtlichen psycho-sozial-kulturellen Versorgungsnetzwerk.)

Zu den letzten Aspekten möchten wir einen Vorschlag in die Debatte einbringen: Da der Ehrenamtsbegriff bei weitem den sozialen und Gesundheitsbereich überschreitet (vgl. z.B. Freiwillige Feuerwehr, Dritte-Welt-Laden, Sportvereine, Flötenkreis, Elternbeirat, Wahlhelfer) und da es ja gerade um die *Dequalifikation* und tendenzielle Abschaffung professioneller sozialer Arbeit geht, kann man eine solche Einrichtung eigentlich schlecht bei der freien Wohlfahrtspflege ansiedeln. Ganz wesentliches Ziel, so läßt sich der sozialpolitischen Debatte entnehmen, ist die Entlastung des (Erwerbs-)Arbeitsmarktes, insbesondere auch um den hohen Frauenanteil. Dafür soll den Menschen persönliche Erfüllung durch unbezahlte (»belohnte« statt »entlohnte«) Tätigkeit verschafft werden. Die sinnvollste Ansiedlung wäre daher bei den Arbeitsämtern, die hierfür leicht Personalkapazität bereitstellen bzw. umschichten könnten, welche ohnehin für den schwindenden Erwerbs-Arbeitsmarkt perspektivisch nicht mehr gebraucht wird. Diese Anlaufstelle wäre weltanschaulich neutral und den meisten Bürgern bereits bekannt, die Mitarbeiter wären an Umgang mit Klienten und Vermittlungstätigkeit gewöhnt, weitreichende Erfahrung mit Umschulungs- und Weiterbildungsprogrammen wäre vorhanden, die Finanzierung aus Steuergeldern oder Sozialkassen wäre relativ problemlos zu organisieren, die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit als rentenrelevante (Sozial-)Arbeitszeit könnte eher erfolgen, die Zuständigkeit in Kommunalverwaltungen und Ministerien wäre von vornherein geklärt.

Nur so würde man ernst machen mit dem Versuch, neue Modelle von Arbeits-, Frei- und Sozialzeits-Budgets umzusetzen und zu erproben. Dies wäre ein ernsthafter und deutlicher Ansatz zum Umbau unseres Sozialstaats.

Helmut Breitkopf arbeitet im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Matzat in der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen in Gießen.